

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und  
der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe „Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren“ (Drucksache 6/5830)

### **Energiewendebedingten Netzausbaukosten auf alle Stromverbraucher in Deutschland gleich verteilen**

Der Landtag stellt fest:

Ein Verzicht auf eine bundesweite Angleichung der Übertragungsnetzentgelte wäre nachteilig für Brandenburg und steht einer gerechten Verteilung der Kosten der Energiewende entgegen.

Im Gegensatz zu den direkten Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien, die bundesweit einheitlich über die EEG-Umlage auf die Verbraucher verteilt werden, werden die Kosten des Netzausbaus dort getragen, wo sie anfallen. Jeder Verteilnetz- und Übertragungsnetzbetreiber legt die Kosten auf die Kunden in seinem Netzgebiet um. Dies führt dazu, dass die Entwicklung der Netzentgelte regional sehr unterschiedlich verläuft. Insbesondere im ländlichen und zumeist auch bevölkerungsärmeren Räumen steigen die Netzentgelte stark an, da hier - und nicht in den Städten - der Erneuerbare-Energien-Zubau stattfindet, gleichzeitig aber der Stromverbrauch oft aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte in der Summe relativ niedrig ist.

Das führt dazu, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger in einer Region mit einem hohen Erneuerbare-Energien-Zubau, insbesondere im Bereich der Windenergie, weiterhin deutlich steigende Netzentgelte tragen müssen. Dadurch entsteht ein immer größeres Gefälle zwischen den regionalen Netzentgelten in Deutschland. Da die Netzentgelte mittlerweile ein Viertel des Strompreises ausmachen, führt das dazu, dass der Strom in Brandenburg für die Verbraucher, nach der jüngsten Erhebung eines Internet-Vergleichsportals, im Vergleich aller Bundesländer am teuersten ist. Damit werden die Verbraucherinnen und Verbraucher am stärksten in den Bundesländern belastet, die beim Ausbau der erneuerbaren Energien führend sind.

Aus energiewirtschaftlicher Sicht sind die wachsenden regionalen Unterschiede in Netzentgelthöhen und -strukturen nicht begründbar. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, die energiewendebedingten Netzausbaukosten auf alle Stromverbraucher in Deutschland gleichmäßig zu verteilen, da die Energiewende eine nationale Aufgabe ist und sonst ein erhebliches Energiewende-Akzeptanz-Problem für die Bürger in den betroffenen Gebieten droht.

Mit dem im November 2016 vom Bundeswirtschaftsministerium erstellten Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur sollten zum einen die vermiedenen Netzentgelte in den kommenden zehn Jahren abgebaut und die Übertragungsnetzentgelte deutschlandweit vereinheitlicht werden.

Durch aktuelle Presseberichte konnte der Eindruck entstehen, dass von der Einführung eines bundesweit einheitlichen Netzentgeltes Abstand genommen wurde.

Der Landtag Brandenburg erwartet von der Bundesregierung, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Kosten der Energiewende in den Netzentgelten auf Dauer fair und gerecht verteilt werden und dabei die Interessen der privaten Verbraucher und die der Unternehmen im Auge behalten werden. Dazu gehört auch der bundesweite Ausgleich der Übertragungsnetzentgelte.

Der Landtag Brandenburg begrüßt die diesbezüglichen Initiativen der Landesregierung und fordert sie auf, sich weiterhin für bundesweit einheitliche Übertragungsnetzentgelte einzusetzen.

Björn Lüttmann  
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers  
für die Fraktion DIE LINKE